KLAUSUR NR. 1413

ZWANGSVOLLSTRECKUNG

(Bearbeitungszeit: 5 Stunden)

Dr. Peter Kaiser
Rechtsanwalt
Am Tie 18

51075 Köln, 29. November 2024

An das
Amtsgericht Köln

Amtsgericht Köln
Eingang:
1. Dezember 2024

In Sachen

Albert Aigner, Espenreihe 17, 52589 Köln,

- Kläger -

gegen

"Bastner GmbH", vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Bert Bastner, Kaiserplatz 15,
60311 Frankfurt,

- Beklagte -

wegen Zwangsvollstreckung

beantrage ich, dem Kläger für die beabsichtigte Klage Prozesskostenhilfe zu bewilligen und mich beizuordnen. Eine Erklärung des Klägers über seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse füge ich bei.

Für den Fall der Bewilligung von Prozesskostenhilfe werde ich folgende Klage einreichen:

Antrag:

1. Die von der Beklagten beim Vollstreckungsschuldner "Meißner GmbH" begonnene Zwangsvollstreckung aus dem Urteil des Landgerichts Köln vom 3. August 2024 (Az.: 3 O 221/24) in die Heizungsanlage, Marke "Budleruss Lupus V6" (Seriennummer 32/7999) und in die Registrierkasse "Utah Instruments Counter 3a" (Nr.12/7777888) wird für unzulässig erklärt.
2. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Begründung:

Der Kläger betrieb bis vor wenigen Monaten ein Sanitärgeschäft in Köln. Mittlerweile ist er durch die Pleite eines griechischen Immobilienspekulanten, für den er die sanitäre Ausstattung einiger

errichteter Wohnsiedlungen übernommen hatte, nach Befriedigung seiner eigenen Gläubiger praktisch vermögenslos geworden.

Vorliegend geht es nun um die Erklärung der Unzulässigkeit einer durch die Beklagte veranlassten Zwangsvollstreckung, die am 25. Oktober 2024 mit der Pfändung der betreffenden Gegenstände begann. Die Beklagte pfändete aufgrund eines gegen die "Meißner GmbH" gerichteten Urteils des Landgerichts Köln vom 3. August 2024 über € 35.000 die genannten Gegenstände (neben anderen, die den Kläger nicht betreffen) auf deren Betriebsgelände in 50457 Köln, Saalestraße 17. Die gepfändeten Gegenstände befinden sich derzeit noch auf dem Betriebsgelände. Die Pfändung ist rechtswidrig, da die genannten Gegenstände ausnahmslos dem Kläger zustehen.

Gepfändet wurde zum einen die benannte Registrierkasse (Wert: € 800). Diese wurde zwar von der Vollstreckungsschuldnerin "Meißner GmbH" genutzt, doch hatte diese die Kasse dem Kläger bereits am 1. September 2024 wirksam zur Sicherheit für einige bis heute offene Forderungen übereignet.

Beweis: Sicherungsübereignungs-Vertrag vom 1. September 2024

Gepfändet wurde weiterhin die genannte Heizungsanlage (Großhandels-Kaufpreis, bzw. Wert der Anlage: € 4.000). Diese hatte der Kläger am 29. August 2024 an die Firma "Meißner GmbH" geliefert. Die Lieferung war unter Eigentumsvorbehalt erfolgt. Dies ergibt sich ganz eindeutig aus der "Auftragsbestätigung", die der Kläger der Firma "Meißner GmbH" am 25. August 2024 auf deren Bestellung vom 23. August 2024 sandte. Der Kaufpreis ist noch vollständig offen. Daher besteht kein Zweifel daran, dass die Klage insoweit begründet sein wird.

Da auch, wie sich aus den beigelegten Unterlagen ergibt, die mangelnde Leistungsfähigkeit des Antragstellers gegeben ist, wird dem Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe nach allem stattzugeben sein.

Dr. Peter Kaiser
Rechtsanwalt

Anlagen:

Dem Schriftsatz sind als Anlagen der genannte Vertrag, sowie der erforderliche Vordruck und ordnungsgemäße Bestätigungen über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse beigelegt, aus denen sich ergibt, dass der Kläger keine Prozesskosten aufbringen kann.

Az.: 7 C 234/24

Verfügung

Abschriften des klägerischen Schriftsatzes ohne Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen und dazugehörige Belege (vgl. §§ 117 II 2, 127 I 3 ZPO) an Gegner. Eine Äußerung kann abgegeben werden bis zum 14. Dezember 2024.

Stockmeier
Richter am Amtsgericht

RA Achim Fiedler
Ankerstr. 17

51075 Köln, 11. Dezember 2024

An das
Amtsgericht Köln

Amtsgericht Köln
Eingang:
11. Dezember 2024

Az.: 7 C 234/24

In Sachen
Albert Aigner gegen "Bastner GmbH"

nehme ich zu dem Schriftsatz des Klägers wie folgt Stellung:

Hinsichtlich der Registrierkasse konnte die Vollstreckungsschuldnerin „Meißner GmbH“ dem Kläger kein Eigentum übertragen, weil dieses ihr selbst nicht zustand. Die Registrierkasse hatte sie nämlich am 2. Juli 2024 unter Eigentumsvorbehalt von der "Utah Instruments Deutschland GmbH" erworben und auch nie mehr als insgesamt drei von insgesamt zehn Raten (jeweils € 80; Gesamtwert € 800) bezahlt. Weiterhin hat sich die Firma Meißner GmbH dann am 23. Oktober 2024 mit der Firma "Utah Instruments Deutschland GmbH" über die Rückabwicklung des Kaufvertrags geeinigt, da die Kasse, ein Einzelstück, mehrmals defekt war und nicht zufriedenstellend repariert werden konnte. Daher stehen dem Kläger an dieser Registrierkasse keinerlei Rechte zu, so dass der Antrag abzuweisen ist, ohne dass es auf die Frage ankommt, welche Position meine Mandantschaft an der Kasse hat.

Auch bezüglich der Heizungsanlage ist der Vortrag der Klägerseite in entscheidenden Punkten unvollständig: Die Vollstreckungsschuldnerin "Meißner GmbH" hatte die Anlage nämlich am 6. September 2024 an einen Herrn Harry Hepp aus Bremen weiterveräußert und in dessen Privathaus am 13. September 2024 eingebaut. Damit hat der Kläger sämtliche Rechte an dieser Anlage verloren. Warum die Anlage trotzdem bei der Vollstreckung auf dem Betriebsgelände der Firma "Meißner GmbH" stand, sei hiermit zur Sicherheit klargestellt: Herr Hepp hat - unseres Erachtens zu Unrecht - die Tauglichkeit der Anlage moniert, da es beim ersten herbstlichen Kälteeinbruch Anfang Oktober 2024 immer noch zu kühl im Haus gewesen sei. Daraufhin hat sich die Firma "Meißner GmbH" aus Kulanz bereit erklärt, sie zurückzunehmen.

Beweis: (unter Verwahrung gegen die Beweislast): Robert Rapp, Angestellter der Vollstreckungsschuldnerin, zu laden über diese, Köln, Saalestraße 17, als Zeuge.

All dies räumt die Klägerseite mittlerweile telefonisch selbst ein, beruft sich nur - rechtlich zu Unrecht - darauf, dass sie trotzdem noch Eigentümerin an der Anlage sei. Aufgrund des Einbaues kann dies aber definitiv ausgeschlossen werden.

Die Klage wird daher in jedem Fall abzuweisen sein, mithin auch der Antrag auf Gewährung von Prozesskostenhilfe, da dieser Antrag nach dem Gesagten mutwillig ist.

Achim Fiedler
Rechtsanwalt

Az.: 7 C 234/24

Das Amtsgericht Köln erlässt am 20. Dezember 2024 ohne mündliche Verhandlung

In Sachen

Albert Aigner gegen "Bastner GmbH"

wegen Zwangsvollstreckung

folgenden

Beschluss:

Dem Kläger wird die beantragte Prozesskostenhilfe versagt.

Gründe:

Der Kläger hat zwar glaubhaft gemacht, dass er nicht in der Lage ist, Prozesskosten aufzubringen. Die Rechtsverfolgung des Klägers bietet aber keine hinreichende Aussicht auf Erfolg.

.....

Stockmeier
Richter am Amtsgericht

Der Beschluss wurde dem Kläger am 29. Dezember 2024 zugestellt.

Rechtsanwalt Dr. Peter Kaiser
Am Tie 18

51075 Köln, 3. Januar 2025

An das
Amtsgericht Köln

Amtsgericht Köln Eingang: 5. Januar 2025
--

Az.: 7 C 234/24

In Sachen

Albert Aigner gegen "Bastner GmbH"

lege ich gegen den Beschluss des Amtsgerichts Köln vom 20. Dezember 2024

Beschwerde

ein. Ich stelle den Antrag, dem Kläger unter Aufhebung der angefochtenen Entscheidung Prozesskostenhilfe zu bewilligen und mich als Prozessvertreter beizuordnen.

Gründe:

Zunächst möchte ich inhaltlich auf meinen Schriftsatz vom 29. November 2024 verweisen, aus dem sich ganz klar ergibt, dass mein Mandant zumindest ein dingliches Anrecht auf die Registrierkasse hat. Da er dieses durch die Vereinbarung vom 1. September 2024 erworben hat, konnte seine Rechtsposition nicht mehr durch die Rücktrittsvereinbarung zwischen der Vollstreckungsschuldnerin und der Firma "Utah Instruments Deutschland GmbH" berührt werden (unzulässiger Vertrag zu Lasten Dritter).

Der Vortrag der Gegenseite bezüglich des vorübergehenden Einbaues der Heizungsanlage ist im Tatsächlichen so zutreffend. Dennoch ist der Kläger immer noch oder wieder Eigentümer dieser Anlage. Zu berücksichtigen ist zum einen, dass der Kläger sich mit der Vollstreckungsschuldnerin - wie ich jetzt beim genauen Studieren der in den Vertrag einbezogenen und als Anlage beigefügten Lieferbedingungen des Klägers festgestellt habe - nicht nur auf einen "normalen", sondern sogar auf einen sog. verlängerten Eigentumsvorbehalt geeinigt hatte: Der "Meißner GmbH" wurde es gestattet, die Heizung weiterzuveräußern, dafür trat sie als Ausgleich ihre Forderung gegen den Abnehmer an den Kläger ab. Durch die Vereinbarung eines Abtretungsverbotes zwischen der "Meißner GmbH" und dem Abnehmer Hepp wurde dies aber - wie wir inzwischen ebenfalls herausgefunden haben - vereitelt, so dass die Veräußerung an Hepp rechtswidrig war und der Kläger Eigentümer geblieben ist.

Beweis: Zeugnis des Herrn Harry Hepp, Vaillantweg 3, 28195 Bremen

Aus den AGB, die zwischen dem Kläger und der Vollstreckungsschuldnerin vereinbart wurden ergibt sich aber v.a. folgendes: In Ziffer 14c wird im Rahmen der Regelung des Eigentumsvorbehaltes für den Fall der Rückgabe an die "Meißner GmbH" auch eine Rückübertragung des Vorbehaltseigentums an den Kläger vorgenommen, deren vereinbarte Voraussetzungen auch vorliegen. Im Übrigen dürfte auf der Hand liegen, dass dasselbe Ergebnis kraft Gesetzes auch automatisch stattfindet.

Beweis: Auszug aus den AGB (beiliegend)

Zur wirksamen Einbeziehung der AGB ist folgendes zu sagen: Die Vollstreckungsschuldnerin hat die entsprechende Bestellung an den Kläger gesandt, ohne dass zuvor irgendetwas über einen Eigentumsvorbehalt gesagt worden war. Daraufhin hat der Kläger unverzüglich die Bestellung bestätigt und zwar ausdrücklich "unter Einbeziehung unserer Lieferbedingungen"; diese wurden dem Schreiben auch beigelegt.

Die Vollstreckungsschuldnerin hat später die Ware ohne weiteren Widerspruch angenommen. In dem Lieferschein, der dem Geschäftsführer der "Meißner GmbH" gleichzeitig mit der Ware persönlich übergeben wurde, waren außerdem die Lieferbedingungen erneut abgedruckt.

Dem Kläger ist daher Prozesskostenhilfe zu gewähren.

Dr. Peter Kaiser
Rechtsanwalt

Anlage: vorgedruckte Vertragsbedingungen des Vertrages vom August 2024

Anlage: Auszug aus den "Lieferbedingungen der "Firma Albert Aigner":

- 14a. *Der Verkäufer bleibt bis zur vollständigen Bezahlung der Ware Eigentümer an derselben.*
- b. *Der Erwerber ist allerdings berechtigt, diese im ordnungsgemäßen Geschäftsgang weiterzuübertragen. Im Gegenzug hierzu erklärt der Erwerber im Voraus, die aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen an den Verkäufer abzutreten.*
- c. *Sollten zunächst weiterveräußerte Gegenstände, auf die sich dieser Eigentumsvorbehalt erstreckt hat, aufgrund der Geltendmachung von Gewährleistungsrechten oder auf andere ähnliche Art und Weise an den Erwerber zurückgegeben werden, so besteht bereits jetzt darüber Einigkeit zwischen den Parteien, dass der Eigentumsvorbehalt zugunsten des Verkäufers unter den vorherigen Bedingungen wieder entsteht.*

.....

Az: 7 C 234/24

Verfügung

Abschrift des Beschwerdeschriftsatzes an den Gegner. Eine Äußerung kann abgegeben werden bis zum 1. Februar 2025.

Stockmeier
Richter am Amtsgericht

RA Achim Fiedler
Ankerstr. 17

51109 Köln, 1. Februar 2025

An das
Amtsgericht Köln

Amtsgericht Köln
Eingang: 1. Februar 2025

Az: 7 C 234/24

In Sachen

Albert Aigner gegen "Bastner GmbH"

nehme ich zu der Beschwerde des Klägers wie folgt Stellung:

Was die Heizungsanlage angeht, leuchtet nicht ein, warum das Abtretungsverbot zwischen Hepp und der Vollstreckungsschuldnerin irgendetwas mit der Sache zu tun haben sollte. Immerhin wurde die Heizung bei Hepp ja tatsächlich eingebaut. Außerdem scheint der Herr Kollege, was die Möglichkeit der Vereinbarung von Abtretungsverboten angeht, auch nicht ganz auf dem neuesten Stand des Gesetzes zu sein. Im Übrigen bestreiten wir rechtlich die wirksame Einbeziehung der AGB, denn es ist unumstritten, dass Schweigen keine Willenserklärung ist.

Daher kann der Beschwerdeführer für seine Klage keine Prozesskostenhilfe bekommen.

Achim Fiedler

Rechtsanwalt

Az.: 7 C 234/24

Das Amtsgericht Köln erlässt am 7. Februar 2025 ohne mündliche Verhandlung

In Sachen

Albert Aigner gegen "Bastner GmbH"

folgenden

Beschluss:

Der Beschwerde wird nicht abgeholfen.

Gründe:

Der Prozess des Klägers hat, wie schon in dem ablehnenden Beschluss vom 20. Dezember 2024 ausgeführt wurde, keine hinreichenden Erfolgsaussichten.

Stockmeier
Richter am Amtsgericht

Az.: 7 C 234/24

7. Februar 2025

Verfügung

Die Akten sind dem Landgericht Köln zur Entscheidung über die Beschwerde vorzulegen.

Stockmeier
Richter am Amtsgericht

Vermerk für den Bearbeiter / die Bearbeiterin:

Die Entscheidung des Beschwerdegerichts vom 10. März 2025 (9. Zivilkammer des LG Köln, Richter am LG Bleul) ist zu entwerfen. Die Entscheidung hat ein volles Rubrum, Tatbestand und Entscheidungsgründe zu enthalten.

Ladungen, Zustellungen, Vollmachten und sonstige Formalien sind in Ordnung. Auf Wochentage kommt es nicht an.

Hält der Bearbeiter / die Bearbeiterin die Wahrnehmung der richterlichen Aufklärungspflicht oder Beweiserhebungen für erforderlich, so ist zu unterstellen, dass diese durchgeführt wurden und ohne Ergebnis geblieben sind.

Sollte der Bearbeiter / die Bearbeiterin den Fall aus einem rechtlichen Gesichtspunkt entscheiden wollen, der von keiner Partei schriftsätzlich angesprochen worden ist, so ist davon auszugehen, dass dieser Gesichtspunkt bei dem Rechtsgespräch in der letzten mündlichen Verhandlung erörtert worden ist.

Kommt der Bearbeiter / die Bearbeiterin zu einer Entscheidung, in der er / sie zur materiellen Rechtslage nicht Stellung nimmt, so ist die materielle Rechtslage in einem Hilfgutachten zu erörtern.

Die fehlende Leistungsfähigkeit des Antragstellers ist zu unterstellen, wobei auf eine etwaige Rückzahlung in Raten nicht einzugehen ist. Insolvenzrecht ist nicht anzuwenden.